Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.
Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.
[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

Achtundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 121. Halle a. d. Saale, Dienstag den 13. März 1894.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 12. März. Der Kaiser gab heute morgen, wie bereits gemeldet, der nach Abbazia abreisenden Kaiserin und den Kaiserlichen Kindern das Geleite zur Bahn und nahm im Laufe des Vormittags die Vorträge des Chefs des Civilkabinets, sowie des Marineressorts entgegen. Um 1¾ Uhr fand zu Ehren des Prinzregenten von Bayern, Prinzen Luitpold, ein Frühstück im Schlosse statt.

Dem Vernehmen nach wird der Kaiser am Montag, den 19. März, von Berlin abreisen und am Dienstag, den 20. d., in Abbazia eintreffen.

Breslau, 12. März. Die Kaiserin traf heute nachmittag 1 Uhr 16 Minuten mittels Sonderzuges hier ein und setzte nach einem Aufenthalte von 4 Minuten die Reise über Oderberg nach Abbazia fort. Offizieller Empfang war verbeten.

Aus Abbazia wird vom 12. d. gemeldet: Am Nachmittage erwiderte der Statthalter Ritter Rinaldini in Begleitung des Bezirkshauptmanns Fabiani und des Präfidialsekretärs Dr. Pipitz an Bord des deutschen Schulschiffes „Moltke" den Besuch des Kommandanten Kapitän z. S. Koch. Beim Verlassen des Schiffes wurden die üblichen Salutschüsse abgegeben.

Beim preußischen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg wird am Dienstag ein Diner stattfinden. An demselben Tage geben noch Finanzminister Dr. Miquel und Kultusminister Dr. Bosse Diners, zu denen auch an Mitglieder des Parlaments Einladungen ergangen sind. Beim Finanzminister wird der Kaiser erscheinen.

Eine berliner Lokalkorrespondenz schreibt: „Wie wir aus ganz unterrichteter Quelle mittheilen können, wird nächsten Sonnabend, den 17. März, der Besuch des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland in Berlin erwartet. Zu Begleitung unseres Kaisers wird derselbe eine Besichtigung des Alexander-Regiments im Kasernenhofe vornehmen und dann an einem vom Offizierscorps veranstalteten Festmahle theilnehmen." Wir geben die Nachricht mit Vorbehalt wieder.

Vom deutsch-russischen Handelsvertrag.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat der russische Reichsrath am Montag den deutsch-russischen Handelsvertrag in Berathung genommen.

Das Kaiser Wilhelm-Denkmal.

Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte am Montag einstimmig die im Etat geforderte erste Rate von 1,1 Millionen Mark für das Kaiser Wilhelm-Denkmal und nahm dann mit 18 gegen 9 Stimmen den Antrag Graf Limburg an, welcher die Gesammtkosten des Denkmals auf 4 Millionen Mark festsetzt. Dagegen wurde die von demselben beantragte Resolution, welche weitere Forderungen ausschließt, mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Staatsminister v. Boetticher glaubt, daß die Bewilligung einer Pauschalsumme unbedenklich sei; die bewilligte Summe werde aber nicht ausreichen. Auf Anfrage des Grafen Limburg stellte Minister v. Boetticher fest, daß der Abschluß des Vertrages mit R. Begas bis nach Einwilligung des Reichstages vorbehalten sei; allerdings habe Begas für gewisse Arbeiten bereits Gelder erhalten, weil das Denkmal bis zum 100. Geburtstage des Kaisers Wilhelm I., also am 22. März 1897 fertiggestellt sein solle. Er bitte um nachträgliche Genehmigung dieser Ausgabe.

Arbeitspensum des Reichstages.

Nach Absicht des Reichstagspräsidenten soll heute (Dienstag) die zweite Lesung des russischen Handelsvertrages nöthigenfalls unter Zuhilfenahme einer Abendsitzung zum Abschluß kommen; dazu ist noch ein Theil des Etats auf die Tagesordnung gesetzt. Mittwoch soll die dritte Lesung des Identitätsnachweis-Gesetzes und der Rest der zweiten Etatsberathung erledigt werden, Donnerstag die dritte Etatsberathung, Freitag die dritte Lesung des Handelsvertrages, worauf dann die Ostervertagung eintritt.

Ein Lehrerbesoldungsgesetz.

Officiös wird heute folgendes verkündet: „Wenn angesichts des entschiedenen Widerstandes, auf welchen im Landtage der Gedanke stößt, die Unterhaltung der Volksschule ohne gleichzeitige Ordnung der inneren Einrichtung derselben neu zu regeln, zunächst wenigstens von der Vorlegung eines Schuldotationsgesetzes abzusehen sein wird, so stehen die gleichen Schwierigkeiten doch einer gesetzlichen Ordnung des Lehrerbesoldungswesens nicht entgegen. Denn diese berührt, wie die Gesetze über die Pensionirung und Reliktenversorgung der Lehrer beweisen, die strittigen Fragen der Abgrenzung der Einwirkung der Kirche auf die Schule nicht. Die Dringlichkeit eines solchen Lehrerbesoldungsgesetzes wird nicht in Abrede zu stellen sein. Die jetzige Ordnung der Dinge weist zahlreiche im Interesse der Schule wie der Lehrer gleichmäßig unerwünschte Härten und Ungleichheiten auf, deren Beseitigung, theils, wie in Hannover, durch positive Gesetzesvorschriften theils durch die Leistungsschwäche zahlreicher Schulverbände und die Unmöglichkeit einer weiteren Erhöhung der staatlichen Aufwendungen für Zwecke der Volksschule verhindert wird. Neben der Abänderung der entgegenstehenden positiven Gesetzesvorschriften wird es zur Abhilfe der bestehenden Mißstände vor allem darauf ankommen, daß die verfügbaren Mittel des Staates stets nur auf die bedürftigsten Stellen vertheilt werden und die zur Zeit noch unbefriedigten Bedürfnisse dadurch Berücksichtigung finden, daß die erforderlichen Mittel durch Einziehung oder Kürzung der zur Zeit Minderbedürftigen zufließenden Staatsgelder gewonnen werden. Die Lösung der so überaus schwierigen Frage der Leistungsunfähigkeit bezw. Leistungsfähigkeit steht daher im Mittelpunkte des gesetzgeberischen Problems.

Im Kultusministerium sind bereits eingehende Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung der Materie fertig gestellt worden. Man dürfte dabei an den in der vorjährigen Novelle zum Lehrerpensionsgesetze durchgeführten Gedanken der Vereinigung aller Schulverbände zu Bezirkskassen angeknüpft haben. Aber über die Vorarbeiten ist man noch nicht herausgekommen. Die Beschlußfassung auf Grund derselben steht noch aus." — Es ist zwar nicht gerade sehr rühmlich für die Regierung, daß sie dem Eigensinn der protestantischen und katholischen Orthodoxie gegenüber den Plan eines Schuldotationsgesetzes ohne weiteres preisgiebt, aber wenn die Regierung nun doch wenigstens mit dem Lehrerbesoldungsgesetze Ernst machen wollte, dann könnte man ihr ja noch vieles verzeihen.

von Bennigsen. — von Koscielski.

Wahrscheinlich wird bezüglich der beiden vorgenannten Herren eine neue Art Legendenbildung ihr Unwesen beginnen. Der „Hannoversche Courier" erklärt das neuerdings wiederum verbreitete Gerücht von der bevorstehenden Demission des Oberpräsidenten Dr von Bennigsen für unbegründet. Gleichzeitig schreibt die „Mil. u. Pol. Korr.": „Wenn jetzt positiv gemeldet wird, Herr von Bennigsen gedenke sich zum Herbst vollständig aus dem politischen Leben zurückzuziehen, so wird nicht unbeachtet bleiben dürfen, daß die Bekanntgabe dieses Entschlusses zusammenfällt mit der Abstimmung über den russischen Handelsvertrag, bei welcher sich über 15 nationalliberale Abgeordnete in der Opposition befunden haben. Herr von Bennigsen war einer der Ersten im Parlament, die schon zu einer Zeit auf die Nothwendigkeit der Inangriffnahme der jetzigen Handelspolitik hinwiesen, als von derselben keine Rede war. Damals war noch Fürst Bismarck Reichskanzler. Durch den russischen Handelsvertrag ist die von Herrn v. Bennigsen warm empfohlene und demnächst lebhaft begrüßte Handelspolitik des Deutschen Reiches gekrönt worden. Um so mehr mußte es den nationalliberalen Führer schmerzen, in der eigenen Partei einem großen Widerstand gegen den russischen Vertrag zu begegnen. — Da Herr von Bennigsen nicht nur aus dem Parlament scheiden, sondern auch das Oberpräsidium von Hannover niederlegen will, so wird es sich darum handeln, einen geeigneten Nachfolger für ihn zu finden. Als solcher wird sein Nachfolger im Landesdirektorium der heimathlichen Provinz, Herr von Hammerstein, angesehen."

Bezüglich des Herrn von Koscielski schreibt die „Mil. u. Pol. Korr.": „Die Mandatsniederlegung des Herrn von Koscielski wird in politischen Kreisen viel besprochen. Uebereinstimmend aber ist man der Meinung, daß sich die Laufbahn des genannten polnischen Politikers nicht in absteigender, sondern in aufsteigender Linie bewegen dürfte. Gelte auch wohl die Zeit für noch nicht gekommen, daß er das Oberpräsidium der Provinz Posen erhalten werde, so stehe es doch ziemlich außer Zweifel, daß Herr von Koscielski binnen nicht zu langer Frist auf diesen Posten gelangen dürfte. — In parlamentarischen Kreisen wird sogar erzählt, Herrn von Koscielski sei der Eintritt in den diplomatischen Dienst des Reiches angeboten worden.

Verschiedene Mittheilungen.

* Eine Kabinetsordre bestimmt folgendes: „Ich will an die nachbezeichneten Personen, welche sich bei dem Unglücksfall an Bord Meines Panzerschiffes „Brandenburg" durch Unerschrockenheit und Umsicht besonders ausgezeichnet und durch ihr Verhalten dazu beigetragen haben, einen noch größeren Verlust an Menschenleben zu verhüten, folgende Auszeichnungen verleihen: den Kronenorden 4. Klasse: den Maschinen-Unter-Ingenieuren Krause und Weber, dem Civil-Ober-Ingenieur vom „Vulcan" Blumenthal: die Rettungsmedaille am Bande: dem Maschinen-Unter-Ingenieur Möhming; das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Obermaschinisten Eckerlein, dem Maschinisten Zimmermann, den Feuermeistern Fischer und Höpfner, den Ober-Feuermeistersmaaten Preßicke, Schmidt und Görnandt, den Feuermeister-Maaten Strehlke und Kutscher, dem Ober-Maschinisten-Applicanten Thaens. Viceadmiral Köster wird in Gegenwart des gesammten Maschinenpersonals des Geschwaders die Dekorationen auf dem Flaggschiff „Baden" überreichen.

* Dem Abgeordnetenhause ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung der im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts bestehenden Vorschriften über die in die Geburtsregister einzutragenden Vornamen, zugegangen. Der Gesetzentwurf lautet: § 1. Die Vorschriften des Artikels 1 des Gesetzes vom 11. Germinal XI (1. April 1803) und des Artikels 23 des Bayrischen Dekrets vom 12. November 1809 über die in die Geburtsregister einzutragenden Vornamen werden aufgehoben. § 2. Dieses Gesetz tritt an dem Tage seiner Verkündung in Kraft. — Damit wird den Taufkuriosa, wie jüngst mehrere bekannt wurden, ein Ziel gesetzt.

* Vom Kanzler Leist in Kamerun kommt abermals über London nach dort eingetroffenen Postnachrichten vom 2. Februar eine seltsame Kunde. Jene Nachricht erwähnt die Ankunft des Dampfers „Admiral" mit 200 weißen Soldaten und besagt sodann:

„Als Samuda, der Aufrührer der meuterischen Dahomeer, zur Hinrichtung geführt wurde, rief er dem anwesenden Gouverneur zu: „Die Meuterei wäre lediglich durch seine Schuld entstanden. Genugthuung hätte es den Dahomeern bereitet, wenn sie ihn hätten tödten können." Der Gouverneur gerieth dadurch in solche Wuth, daß er einem Soldaten das Gewehr entriß und mit dem Kolben Samuda einen furchtbaren Schlag auf den Kopf versetzte."

Mit dem Gouverneur ist zweifellos Kanzler Leist gemeint, da Gouverneur Zimmerer zu jener Zeit noch nicht nach Kamerun zurückgekehrt war. Diese neue Episode des Kanzlers Leist entbehrt zwar noch der Bestätigung, indessen paßt sie so ganz in den Rahmen dessen, was bisher von ihm bekannt geworden ist, daß auch diese neueste Heldenthat nicht gerade unwahrscheinlich klingt.

* Die Petitionskommission des Reichstages hat einige schriftliche Berichte erstattet. Der Ostdeutsche Gastwirths-Verband hat um gesetzgeberische Maßnahmen ersucht, welche das Gewerbe der Gastwirthe vor der überhandnehmenden Konkurrenz mehr zu schützen und ihr Standesansehen zu heben geeignet sind. Er verlangt, daß künftig nur eine bestimmte, einheitliche Zahl voller Schankkonzessionen ertheilt wird und zwar nach Verhältniß der Einwohnerzahl und des Verkehrs. Das bayrische Bier möge gesetzlich als geistiges Getränk angesehen und der Kleinhandel damit den Bedingungen, wie sie für den Branntwein in Kraft sind, unterworfen werden bei thunlichster Beschränkung des Handels. Die Kommission hat beantragt, die Petitionen dem Reichstage als Material zu der beabsichtigten Abänderung der Gewerbeordnung zu überweisen. — Eine große Reihe von meistens aus landwirthschaftlichen Kreisen stammenden Petitionen um Abstellung der bei Ausführung des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes hervorgetretenen Mißstände und Belästigungen wurden dem Reichskanzler zur Berücksichtigung und als Material bei der in Aussicht genommenen Ausdehnung bezw. Revision des Gesetzes überwiesen.

△ Ueber die Besichtigung (Revision) der Drogen- und ärztlicher Handlungen sind neue Bestimmungen erlassen worden. Danach sollen alle Verkaufsstellen, an denen Arzneimittel, Gifte oder giftige Farben feilgehalten werden, nebst den zugehörigen Vorraths- und Arbeitsräumen sowie dem Geschäftszimmer des Inhabers der Handlung in der Regel alljährlich einmal unvermuthet besichtigt werden. Die Besichtigung erfolgt durch die Ortspolizeibehörde unter Beihilfe eines approbirten Apothekers und soweit thunlich, unter Zuziehung des zuständigen Physikus. Ein Apotheker darf an dem Orte, wo er eine Apotheke besitzt, an der Besichtigung nur theilnehmen, wenn der Ort über 20,000 Seelen zählt; auch in solchen Orten ist von der Mitwirkung eines dort geschäftlich angestellenen Apothekers in den Fällen abzusehen, in denen die zu besichtigende Handlung als Konkurrenzgeschäft für die Apotheke zu betrachten ist. Bei der Besichtigung ist festzustellen, ob die Bestimmungen vom 27. Jan. 1890 über den Verkehr mit Arzneimitteln innegehalten worden sind, und ob die Aufbewahrung der Gifte und der Verkehr mit ihnen den bestehenden Bestimmungen entspricht. Für die Beseitigung kleiner, offenbar auf Unvorsichtigkeit oder Irrthum beruhender Mängel hat die Polizeibehörde unter Hinweis auf den Befund der Besichtigung Sorge zu tragen, gröbere Verstöße sind von ihr ernstlich zu rügen und im Wiederholungsfalle zur Bestrafung zu bringen. Nach Beschaffenheit der Umstände ist, wenn eine die Zuständigkeit der Ortspolizei überschreitende Strafe angemessen erscheint, die gerichtliche Verfolgung durch den Amtsanwalt zu veranlassen. Mit besonderer Strenge sind Fälle der Anfertigung von Arzneien auf ärztliche Verordnung zu verfolgen. Eine Besichtigung der Weinhandlungen durch die Physiker nach Maßgabe des Erlasses vom 27. April 1846 findet in Zukunft nicht mehr statt.

* Nach einem von oberschlesischen Lehrern verschickten Cirkular soll diesen Monat in Berlin eine Gesellschaft konstituirt werden, welche die Gründung und Leitung einer neuen täglichen, in Verbindung mit einer katholischen Volkszeitung vom 1. Okt. ab in Berlin erscheinenden katholischen Lehrerzeitung auf dem Standpunkte des deutschen Centrums übernimmt. Ein ähnlicher, früher in Breslau gemachter Versuch mißlang.

* Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hatte sich in Bochum vor der Strafkammer die vierzehnjährige Dienstmagd Marta Hünes aus Hüntrop wegen — Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die Angeklagte hatte anläßlich der Beerdigung des Bürgermeisters eine unpassende Aeußerung gethan, die von einem Commis Augs der Behörde brühwarm mitgetheilt wurde. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf die Jugend der Angeklagten, und daß sich ein vierzehnjähriges Kind der Tragweite einer solchen Aeußerung nicht bewußt sein könne, auf einen Verweis. Der Vertheidiger der Angeklagten gab, nach der „Westf. Ztg." mit Recht seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß ein Mann ein — Kind wegen einer solchen unbewußten Aeußerung demungiren könne.

* München, 12. März. Der Prinzregent verlieh anläßlich seines Geburtstages dem Minister des Innern Freiherrn von Feilitzsch den Hubertusorden und ernannte den stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrathe Freiherrn von Stengel zum Ministerialdirektor.

Ausland.

England. Die mit Spannung erwarteten Aufklärungen nach dem vollzogenen Kabinetswechsel sind nun am Montag gegeben worden und ihr Kern besteht darin: Der Kurs bleibt in England im Großen und Ganzen der alte. In der Thronrede zur Eröffnung der neuen Parlamentssession heißt es: „Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind fortgesetzt freundschaftlich und befriedigend. Die Verhandlungen zwischen meiner Regierung und derjenigen des russischen Kaisers zur Regelung der Grenzfragen in Centralasien schreiten im Geiste gegenseitigen Vertrauens und Wohlwollens, welcher jede Hoffnung eines baldigen billigen Ausgleichs gewährt, fort. Zwei mit beklagenswerthem Menschenverluste verbundene Zusammenstöße mit französischen Kolonialtruppen fanden in Westafrika statt." Die Königin erwarte das Ergebniß der diesbezüglichen Untersuchung im vollen Vertrauen, daß die Vorfälle mit der zwei großen Nationen ziemenden Ruhe und Würde untersucht werden. Der dem Parlamente zugehende Etat werde volle und angemessene Fürsorge für die Reichsvertheidigung treffen. Der übrige Inhalt der Thronrede stimmt mit dem bereits Gemeldeten überein. Unter den angekündigten Vorlagen befindet sich auch eine die Maßregeln zur Förderung der Einigung in Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern betreffende.

In einer am Montag im Auswärtigen Amte abgehaltenen Versammlung der liberalen Partei unter dem Vorsitze Lord Rosebery's hielt letzterer eine Rede, in der er hervorhob, daß das neue Ministerium keinen Wechsel in der Politik, sondern nur einen Wechsel der Personen bedeute. Die Ehre Englands und der europäische Friede würden von der gegenwärtigen Regierung gewahrt werden. Der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940313035/fragment/page=0001

Premierminister führte weiter aus, er sei ein unbedingter Anhänger von Homerule Irlands, an welche sich die liberale Partei durch Bande der Ehre gebunden erachte. Ebenso stehe er ganz auf dem Boden der Erklärungen, die Gladstone in seiner letzten Parlamentsrede gegen das Haus der Lords abgegeben habe. Die Verfassung des letzteren sei schon bisher eine Anomalie gewesen und sei eine Gefahr für das Land geworden, seit das Oberhaus nur noch eine Versammlung von Tories sei, die dem Haupte der konservativen Partei gehorchten. Die Regierung werde kein Mittel aus Auge lassen, um dem Lande auf verfassungsmäßigem Wege von dieser Anomalie und dieser Gefahr Kenntniß zu geben. Die erste Vorlage, die dem Hause der Gemeinen unterbreitet werden solle, sei die Trennung der anglikanischen Kirche in Wales vom Staate.

Im Oberhause wurde bereits am Montag die Antwortadresse an die Königin nach zweistündiger Debatte angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Lord Salisbury, die Regierung sollte die Homerulefrage vor den Wählern zum Austrag bringen, sie jedoch nicht mit anderen Fragen verquicken, damit die Entscheidung der englischen Wähler klar bleibe. Lord Rosebery gab ebenso wie Lord Salisbury seiner hohen Anerkennung für Gladstone als dem größten Führer, den je die Partei gehabt habe, Ausdruck. Was die, auswärtige Politik anlange, so habe Frankreich versprochen Chantaboon zu räumen, sobald Siam die Artikel des mit Frankreich abgeschlossenen Vertrages ausgeführt habe. Bezüglich des Matabelelandes habe die Regierung keine weiteren Mittheilungen zu machen. Die Regelung der dieses Land betreffenden Fragen beschäftige gegenwärtig den Minister der Kolonien. Die Lage in Egypten sei ruhig, das Land erfreue sich eines sichtlichen Wohlstandes. Gewisse Zwischenfälle, die während der verflossenen 14 Monate sich zugetragen hätten, hätten England Anlaß gegeben, die Dauerhaftigkeit der Institutionen, welche England dort errichtete, anzuzweifeln. Dieselben würden einer sorgfältigen Ueberwachung seitens Englands auf einige Zeit hinaus bedürfen; aber so weit er sehe, habe England zu Besorgnissen keine Veranlassung.

Oesterreich-Ungarn. Die wiener Bürgermeisterwahl nimmt eine überraschende Wendung. Wie verlautet, ist die Kandidatur Dr. Richter's für die Bürgermeisterstelle an konfessionellen Schwierigkeiten gescheitert. Richter war mit seiner der mosaischen Religion angehörenden Gattin civil vom Magistrat getraut worden. Er wollte nun vor der Wahl seine Ehe katholisch einsegnen lassen; der wiener Erzbischof erklärte jedoch, er könne die Ehe erst nach vollzogener Wahl einsegnen. Richter lehnte deshalb die Kandidatur für den Bürgermeisterposten ab. Der fortschrittliche Parteiverband des Gemeinderathes stellte nun am Montag wiederholt den Vice-Bürgermeister Richter als Kandidaten für den Bürgermeisterposten auf. Nachdem Richter jedoch bei seiner Weigerung, die Kandidatur anzunehmen, verharrte, wurde der zweite Vice-Bürgermeister Gruebl als Bürgermeisterkandidat aufgestellt.

Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm am Montag mit großer Majorität die Vorlage betreffend die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit Rußland an. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident Dr. Wekerle, die Vorlage sei nicht von dem Gesichtspunkte aus, der Regierung ein Vertrauenszeichen geben zu wollen, zu beurtheilen. Es handle sich nur um die Wahrung der wirthschaftlichen Interessen Ungarns und es sei nicht angezeigt, inmitten der Verhandlungen einen die Lage erschwerenden Zollkrieg heraufzubeschwören; von einer Herabsetzung der Zölle für die Produkte der Landwirthschaft sei keine Rede; das stete Zunehmen des Exports der österreichischen Industrie nach Rußland sei auch ein vitales Interesse Ungarns, weil dadurch die ungarischen Produkte auf den österreichischen Markt rechnen könnten und Ungarn in der Vergangenheit nicht Krisen ausgesetzt gewesen sei, welche bei einem separaten Zollgebiete auch für Ungarn eingetreten wären.

Frankreich. Präsident Carnot hat an den Kaiser von Rußland anläßlich dessen Geburtsfestes folgendes Telegramm gerichtet: „Ich fühle mich gedrungen, Eurer Majestät unsere aufrichtigsten und herzlichsten Wünsche anläßlich Ihres Geburtsfestes auszudrücken und theilzunehmen an den Bezeugungen der Ergebenheit, welche Ihnen an dem heutigen Tage entgegengebracht werden. Der Kaiser erwiderte: „Für den Beweis Ihrer freundschaftlichen Gesinnung, welchen Sie mir anläßlich meines Geburtsfestes zugehen ließen, danke ich Ihnen herzlichst."

In der Deputirtenkammer wurde am Montag für zwei Gesetzesvorlagen, durch welche die Veröffentlichung der Untersuchung und der Verhandlungen in Anarchistenprozessen verhindert werden soll, die Dringlichkeit genehmigt. Darauf wurde in die Verhandlung über die Zulassung des Antrages des Deputirten Bourgeois betreffend die Revision der Verfassung zur Berathung eingetreten. Der Bericht der Kommission spricht sich gegen die Zulassung aus. Der Deputirte Bourgeois tritt für die Revision ein. Der Deputirte Goblet tritt für die Nothwendigkeit der Revision ein, die von zahlreichen Deputirten befürwortet werde. Die Konstitution von 1875 sei orleanistisch. Die Hoheitsrechte des Präsidenten der Republik und das Veto des Senates, durch welches demokratische Reformen verhindert würden, müßten abgeschafft werden. (Beifall auf der äußersten Linken.) Nach einer Erwiderung des Abgeordneten Deschanel wurde die Fortsetzung der Berathung auf Dienstag vertagt.

Italien. In der Deputirtenkammer erklärte am Montag der Finanzminister Sonnino in Beantwortung einer bezüglichen Anfrage, die genaue Ziffer der Kosten der Repressionsmaßregeln in Massa-Carrara könne er nicht angeben; er sei aber der Meinung, daß dieselben insgesammt den Betrag von zwei Millionen Lire erreichen würden.

Brasilien. Wie die „Agenzia Stefani" aus Rio de Janeiro meldet, hat die brasilianische Regierung am Sonntag den Mitgliedern des diplomatischen Corps mitgetheilt, daß nach Ablauf von 48 Stunden, von mittags ab gerechnet, die militärischen Operationen gegen die Aufständischen in der Bai von Rio de Janeiro beginnen würden.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Halle.

Montag, 12. März.

Am Vorstandstische anwesend die Herren Regierungsrath a. D. Gneist, Prof. Dr. Dittenberger, Baumeister Schulze; am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Staude, Bürgermeister Dr. Schmidt, Stadtbaurath Genzmer, Stadtschulrath Dr. Krähe, Stadträthe v. Holly, Jochmus, Arndt, Colla, Ernst, Keferstein, Pfeffer.

Zunächst erfolgte die Einführung der neugewählten Stadtverordneten Herren Civilingenieur Fölsche und Kaufm. O. Kühn.

Zunächst gab der Hr. Vorsteher Kenntniß von einer Petition des Hrn. Klempnermstr. Schultz, Mittelwache 3, worin wiederholt um Abhilfe der Unzuträglichkeiten des Binnenkanals zwischen Mauerstraße und Gommergasse gebeten wird. Dieselbe wird der Petitionskommission zur Vorberathung überwiesen.

Die Herren Gebr. Kroppenstedt bitten, die Aftervermiethung ihres Ladens im Rathskellergebäude zu gestatten. Herr Oberbürgermeister Staude bemerkt, der Magistrat werde jedenfalls die Bitte nicht ablehnen, wenn die Herren Gebr. Kroppenstedt entsprechende Vorschläge machen. Mit Rücksicht hierauf wird die Petition auf 4 Wochen zurückgelegt.

2. Anträge, die Schieferbrücke betr. Unter Uebersendung eines Aktenstückes, betr. Verhandlungen über den Neubau der Schieferbrücke ꝛc., ersucht der Magistrat:

1. den Neubau der Schieferbrücke nach Maßgabe der beigefügten, im Ministerium der öffentlichen Arbeiten geprüften Pläne zu beschließen und die erforderliche Summe von 143,150 M. aus Anleihemitteln zu bewilligen;
2. das Anerbieten der Staatsbehörden, zu dem Neubau einen einmaligen Beitrag von 44,000 M. leisten zu wollen, anzunehmen;
3. dem Vorschlage der Staatsbehörden, die Ablösung der Unterhaltungspflicht des Staates betr., gleichfalls zuzustimmen und die bezügliche Berechnung der königl. Wasserbauinspektion anzuerkennen.

Der Berichterstatter der Bankommission, St.-V. Friedrich, führt aus, daß die Akten über die Angelegenheit im Jahre 1885 anfangen und am 5. Dez. 1892 die Mittel bewilligt sind zur Untersuchung des baulichen Zustandes der Brückenpfeiler. Unerfreulich sei die Art und Weise der Bearbeitung der Sache bis zum Herbst 1891, was jedenfalls an der früheren Organisation des Stadtbauamtes gelegen habe. Erst im Herbst 1891 habe man die Arbeiten auf gesunder Basis begonnen und sich mit den maßgebenden Faktoren in Verbindung gesetzt. Ein der königl. Regierung zu Merseburg zuerst unterbreitetes Projekt wurde verworfen, die königl. Regierung stellte das Verlangen, durch eine andere Gestaltung des Profils zu ermöglichen, daß bei höchstem schiffbaren Wasserstande noch mehrere Flußfahrzeuge unter der Brücke hindurch gehen können. Der Magistrat hat damals die Bankommission um ihre Ansicht hinsichtlich der anderweiten Gestaltung der Brücke gefragt, allerdings nicht das Plenum der Versammlung. Ein neues Projekt ist sodann von Hrn. Kramer-Berlin, welcher in einer engeren Konkurrenz unter drei namhaften Fachmännern als Sieger hervorging, ausgearbeitet und dasselbe hat nach Erledigung einiger Erinnerungen die Genehmigung der betheiligten Behörden gefunden. Der Gang der Arbeiten ist so gedacht: Zunächst soll eine Interimsbrücke von der Herrenstraße nach dem Fahrwege hinter dem Schober'schen Grundstücke geschlagen, dann der Kothgraben zwischen der Mansfelderstraße überbrückt werden, um etwas Raum zu einem Arbeitsplatz zu gewinnen. Weiter erfolgt die Abtragung der alten Brücke, Aufstellung eines Schutzgerüstes zur Ueberführung des Kabels, der Gas- und Wasserleitung über die Saale, Abtragung der oberen Partien der Pfeiler, welche sich als schräge Widerlager darstellen, Vorschrämung der Pfeiler und zu dem Zwecke Abschälung eines Mauerrestes zur Herstellung eines ordnungsmäßigen Verbandes der 2½ m breiten Vorschalung mit dem alten Mauerwerk, Aufsetzung der Eisenkonstruktion mit Parabelträgern. Die Fußsteige sollen nach rechts und links ausgekragt und in der Breite von 2 m auf der südlichen bezw. 2½ m auf der nördlichen Seite hergestellt werden; auf die Fahrbahn entfallen 9,90 m. Dann hat eine Regulirung der Zufahrtsrampen und -Straßen zu erfolgen zur Erzielung eines Gefälles auf der nördlichen Seite von 1:35 und auf der westlichen von 1:50. Nach einem Abkommen aus den vierziger Jahren ist die Staatsregierung verpflichtet, zu den Kosten der Brückenunterhaltung und -Erneuerung die Hälfte zu tragen. Die Regierung hat aber erklärt, dann müßten zunächst die Kosten für die Regulirung der Zufahrtsstraßen ausgeschieden werden, weil sie nur einen Antheil zu den Kosten der Zufahrtsrampen übernehmen könne. Dann will dieselbe nicht die Hälfte der Kosten tragen, sondern, weil die Brücke in erweiterten Dimensionen neu hergestellt werden soll, nach Ansicht der Regierung lediglich im Interesse des größeren Verkehrs der Stadt. Halle geschehe, nur ein Drittel, weil etwa ein Drittel des Neubaues das Plus darstelle, auf welches die Staatsregierung keine Verpflichtung habe. Der Antheil des Fiskus ist hiernach auf 44,000 M. berechnet. Auf eine Anfrage an das Ministerium sagt dasselbe in einem Erlasse an die hiesige Wasserbau-Inspektion, bevor die 44,000 M. in den Haushaltsplan eingestellt werden könnten, möge sich der Magistrat äußern, ob die Gemeinde geneigt ist, die Unterhaltungs- und Erneuerungspflicht der Staatsregierung gegen eine einmalige Abfindungssumme abzulösen. Die Einzelkosten des Brückenneubaues sind berechnet: Interimsbrücke und deren Beseitigung 16,000 M., Abbruch der alten Brücke, Aufstellung eines provisorischen Gerüstes 1100 M., Fundirung der Brückenpfeiler 14,700 M., Maurerarbeiten 21,200 M., Lieferung und Aufstellung der Eisenkonstruktion 58,800 M., Regulirung der Zufahrtsrampen 5850 M., Regulirung der Zufahrtsstraßen 11,150 M., Einfriedigung des Bauplatzes 2250 M., Wasserhaltung 3000 M., Unvorhergesehenes 4900 M., ferner Vorbereitungsarbeiten 3500 M. ꝛc. Die Bankommission hat sich für Annahme des Projektes ausgesprochen; obwohl die und da Anlaß zu kleinen Ausstellungen hinsichtlich der Konstruktion vorlag, hat man schließlich keine Aenderungen vorgenommen, weil die Sache durch alle Instanzen nach allen möglichen Richtungen hin geprüft ist und Abstriche wahrscheinlich nur dahin führten, daß die Regierung wahrscheinlich auch an den Ersparnissen theilnehmen will. Von der Bankommission wird nur vorgeschlagen, die Interimsbrücke anstatt durch 2 durch 4 Laternen zu beleuchten und auf der westlichen Seite das alte Nivellement zu belassen, da dort schon eine Steigung von 1:35 vorhanden ist, die auf der Ostseite erst erstrebt wird. Ferner hält es die Bankommission für erforderlich, daß regelrechte Festsetzung der Fluchtlinie erfolgt, um die Verbreiterung der Brücke nach Norden hin nicht in Widerspruch mit dem neuen Fluchtliniengesetz zu bringen. Die Unterhaltungskosten der Brücke sind berechnet auf 517,86 M. jährlich. Diese Summe soll zum 25 fachen Betrage kapitalisirt werden, und als Abfindung bietet der Fiskus ⅓ davon mit 4315,50 M. an. Hinsichtlich der Erneuerung ist angenommen, daß eine Erneuerung der Fahrbahn und Fußwege in zwanzig Jahren, die der Eisenkonstruktion nach fünfzig Jahren zu geschehen hat. Der Fiskus bietet als Abfindung 813,54 M. und 3260,56 M. Die Bankommission empfiehlt Annahme der Magistratsvorlage.

Die Finanzkommission beantragt, wie St.-V. Billing berichtet, Annahme der Magistratsvorlage unter der Voraussetzung, daß sich die Staatsregierung wirklich zur Zahlung der 44,000 M. Beitrag verpflichtet. Eine weitere Voraussetzung der Finanzkommission, daß die Bankommission anerkennt, eine Verschmälerung der Brücke würde keine größere Ersparniß als 5000 M. ergeben, ist erledigt, weil thatsächlich die Bankommission die Ersparniß nur auf 4700 M. berechnet hat. Die Finanzkommission beantragt ferner, 2691,92 M. zu streichen und bittet nur 140,458,05 M. aus der Anleihe zu bewilligen mit der Bestimmung, daß der Staatszuschuß von 44,000 M. wieder auf Anleihe zur Einnahme gelangt. Den Antrag der Bankommission auf baldige Vorlage einer Fluchtlinienfestsetzung bittet die Finanzkommission abzulehnen.

Der Hr. Vorsteher wirft die Frage auf, ob das Vertragsverhältniß mit dem Staate genau geprüft ist und ob feststeht, daß sich die Stadt anstatt eines Staatsbeitrages von ½ nur ⅓ gefallen lassen muß. Aus seinen Erfahrungen bei der Provinzialverwaltung wisse er (der Hr. Vorsteher), daß die Provinz allemal zu kurz kommt, wenn der Fiskus derartige Ablösungen von Unterhaltungs- und Erneuerungspflichten vorschlägt, da der Werth des Geldes sinkt, die Arbeitslöhne steigen und die Verhältnisse hinsichtlich des Materials sich anders gestalten. Wegen Uebernahme der großen Brücken im Zuge der Chaussee hätten die maßgebenden Persönlichkeiten Verhandlungen mit der Provinz geführt. Die Provinzialverwaltung habe aber den vorgeschlagenen Vertrag rundweg abgelehnt. Bevor Beschlüsse wegen der Breite der Brücke gefaßt werden könnten, müsse erst feststehen, welche Opfer in späterer Zeit noch bevorstehen.

Hr. Oberbürgermeister Staude führt aus, die Prüfung der Rechtsfrage sei auf das eingehendste durch den Syndikus und die Mitglieder des Magistrats erfolgt. Der Magistrat halte es aber aus Gründen, die sich in öffentlicher Sitzung kaum erörtern ließen, nicht für opportun, zu rigoros auf die Rechtsfrage einzugehen, man müsse einmal in den sauren Apfel beißen, obgleich die Gemeinde durch den Vertrag sehr leicht zu Schaden kommen könnte. Was solle die Gemeinde machen? Der Magistrat sei sehr froh gewesen als er endlich ein Ultimatum vom Fiskus erhielt. Nach Lage der Sache sei es gut, die Offerte zu besitzen. Im Falle der Ablehnung würden wieder mehrere Jahre vergehen, ehe ein umgenehmeres Projekt sämmtliche Interessen durchhauen hat. Die bevorstehende Betriebseröffnung der Hohenbahn, die Bahn Halle-Hettstedt und in weiterer Ferne der Saale-Elster-Kanal würden sicher einen größeren Verkehr zeitigen, der nicht durch eine unzulängliche Brücke unterbrochen werden darf. Der Brückenbau werde auch die durch die Verhältnisse so schwer vernachlässigte Klausthorvorstadt zu einer gedeihlichen Entwickelung bringen. Der Magistrat bitte dringend den Beschlüssen der Finanzkommission und Bankommission beizutreten und die Vorlage anzunehmen, es werde dann alles aufgeboten werden, um die Verhandlungen mit der Regierung baldigst zu Ende zu führen; den Bau noch in diesem Jahre zu vollenden, werde ohnehin außerordentlich schwierig sein.

St.-V. Apelt theilt mit, daß die Mitglieder der Finanzkommission die Vorlage privatim in einer dritten Sitzung besprochen haben und die Mehrheit ihm Auftrag ertheilte, nachträglich wieder aufgetretene schwere Bedenken vorzutragen. Vor zwei Jahren, als die Brückenpfeiler untersucht waren, hätte der Stadtverordnetenversammlung gesagt werden müssen, in welchem Zustande die Pfeiler sich befinden und welche Projekte wegen der Verbreiterung schwebten. Damals hätten die Stadtverordneten nichts zu hören bekommen, jetzt würden sie mit der Vorlage überrascht. Der Verkehr bedinge keineswegs eine Verbreiterung der Brücke; die Hafenbahn, sowie die Bahn Halle-Hettstedt und der Saale-Elsterkanal würden eine Entlastung, keineswegs aber stärkeren Verkehr bringen, da später Umschlaggüter nicht mehr durch die Stadt gehen. Die Regulirung der Fluchtlinie verursache ganz gewaltige Kosten, Redner beantragt Aussetzung der Beschlußfassung und eine Vorlage unter Berücksichtigung der Gesammtkosten.

St.-V. Etze meint, so wie der Magistrat vorschlage, gehe es überhaupt nicht, anscheinend habe der Magistrat mit den zuständigen Staatsregierung und Stadtgemeinde im Jahre 1853 abgeschlossenen Receß nicht eingesehen, denn in § 2 desselben werde klar und deutlich bestimmt, daß der Fiskus sich ausdrücklich und bestimmt vorbehält, die Unterhaltung und Erneuerung der Brücke durch seine Organe bewirken zu lassen, und die Stadtgemeinde lediglich die Hälfte zu den Kosten der Unterhaltung und Erneuerung beizutragen hat. Das sei ganz etwas anderes als das, was der Magistrat beabsichtige. Dieser Vertrag könne zwar geändert werden, wenn aber die Stadt den Brückenbau vornehme, dann könne es leicht kommen, daß der Fiskus zwar nichts gegen den Neubau hat, die Stadt aber auf den Kosten sitzen läßt. Nach einer sehr lebhaften Erörterung, in welcher sich die Herren Stadtbaurath Genzmer, St.-V. Brünnecke, Kämmerer, Stadtrath v. Holly, St.-V. Friedrich zum Theil wiederholt warm für Annahme der Magistratsvorlage mit den Kommissionsvorschlägen aussprechen, die St.-V. Etze, Dr. Dittenberger, Dr. Kohlschütter, Dr. Hüllmann und der Hr. Vorsteher aber ebenso lebhaft auf vorherige Klarstellung der Sachlage dringen, lehnte die Versammlung die vom Hrn. Vorsteher, den St.-V. Apelt und Etze eingebrachten Vertagungsanträge mit 26 gegen 24 Stimmen ab und genehmigte hierauf die Magistratsvorlage nach Maßgabe der Anträge der Bankommission und Finanzkommission. Ebenso wurde der Antrag der Bankommission genehmigt, den Magistrat um baldige Vorlage einer Fluchtlinienfestsetzung und Nivellementsänderung zu ersuchen. — Vor der Abstimmung kam es noch zu einem heftigen Wortgefechte zwischen den Herren Geh. Sanitätsrath Dr. Hüllmann und Maurermeister Friedrich. St.-V. Dr. Hülmann bestritt die Behauptungen des St.-V. Friedrich, daß der Verkehr eine Verbreiterung der Brücke erforderlich mache, sehr lebhaft und ließ dabei die Aeußerung fallen, er sei an der Qualifikation des St.-V. Friedrich zur Beurtheilung solcher Fragen etwas zweifelhaft geworden, seitdem Hr. Friedrich den Durchbruch durch das ehem. Madai'sche Grundstück im öffentlichen Verkehrsinteresse forderte, während der Durchbruch nur rein persönlichen Interessen diente. St.-V. Friedrich bezeichnete diese Aeußerung als hatlose Behauptung, da er, wie auch aus den Sitzungsberichten hervorgehe, den Durchbruch nur im Interesse der Beseitigung des häßlichen Grabens, und um die Gommergasse ihres Charakters als Sackgasse zu entkleiden, befürwortete, den Verkehr aber ausdrücklich als von untergeordnetem Interesse bezeichnet habe. In einer persönlichen Bemerkung erwiderte St.-V. Dr. Hüllmann, nur die Wahrheit vertreten zu haben. Thatsächlich habe St.-V. Friedrich s. Z. den Durchbruch als von ungeheurem Interesse für den Verkehr erklärt. Wenn Redner gesagt habe, daß rein persönliche Interessen in das Spiel gekommen seien, warum bezehe das Hr. Friedrich auf seine Person? Im Interesse der Person, die das große Grundstück besitzt, hätte der Durchbruch gelegen und aus diesem Motive habe der Magistrat damals seine Vorlage zurückgezogen. St.-V. Friedrich bezeichnet die Behauptungen des St.-V. Dr. Hüllmann als irrthümlich, lediglich auf dem Gedächtnisse beruhende Unterstellungen, während Dr. Hüllmann dies zurückweist und erklärt, nur was er in der Finanzkommission gehört habe, wahrheitsgetreu zu referiren. St.-V. Friedrich appellirt an die Mitglieder der Finanzkommission. Eine Fortsetzung der persönlichen Bemerkungen wurde verhindert, indem der Hr. Vorsteher keinem Mitgliede das Wort mehr zu einer persönlichen Bemerkung ertheilte.

Gerichtsverhandlungen.

Prozeß Black-Schwennhagen und Genossen.

Berlin, 12. März.

Der Sensationsprozeß Black-Schwennhagen wegen Beleidigung des Finanzministers Miquel bezw. des Reichskanzlers hat heute vor der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts I begonnen. Die Grundlage des Prozesses bildet bekanntlich die Verarbeitung des berüchtigten Ahlwardt'schen Aktenmaterials in einer Broschüre des ersten Angeklagten: „Pharisäer und Heuchler" und die Verbreitung der Ahlwardt'schen Beschuldigungen in verschiedenen antisemitischen Volksversammlungen durch den zweiten Angeklagten. Ferner ist Buchhändler Dewald wegen Verlegung der betreffenden Broschüre mitangeklagt.

Betreffs des Schriftstellers Black ergeben die gerichtlichen Feststellungen, daß derselbe fünfmal wegen schwerer Vergehen vorbestraft ist, und zwar wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Beleidigung. Der 32jährige Schwennhagen, genannt Schwennhagen, ist im Jahre 1889 wegen Diebstahls mit einem Tage Gefängniß bestraft.

Die Beschuldigungen beziehen sich bekanntlich auf die Thätigkeit des Finanzministers Miquel in den Jahren 1870 bis 1873, wo er Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft war, und auf dessen Thätigkeit als Aufsichtsrathsmitglied der Rumänischen Eisenbahngesellschaft. Dr. Miquel sollte nach Angabe Black's in jener Zeit große Spekulationsgeschäfte auf eigene Rechnung gemacht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940313035/fragment/page=0002

und dabei gewaltige Summen gewonnen haben. Es schließen sich daran die berüchtigten antisemitischen Phantasien von einem jüdischen Konsortium zur Beherrschung des Staates, an dessen Spitze Dr. Miquel gestanden habe. Es wird die alte Beschuldigung des Meineides gegen Gerlsen wieder aufgewärmt usw. Black spielt sich als Moralheld ersten Ranges auf. Er kritisirt eine Reihe von Gründungen der Diskontogesellschaft, die er alle Miquel zuschreibt, und sucht darzulegen, daß die Diskontogesellschaft Herrn Miquel für sich gewonnen habe, um durch ihn die Gesetzgebung zu beeinflussen.

Den Vorsitz der Verhandlungen führt Landgerichtsdirektor **Voigt**. Die Anklage wird durch den Ersten Staatsanwalt **Drescher** und Staatsanwalt **Müller II** vertreten. Den Angeklagten steht ein Vertheidiger nicht zur Seite.

Vor Eintritt in die Verhandlung protestiren beide Angeklagte dagegen, daß gegen sie eine einheitliche Anklage unter der Bezeichnung „Black und Genossen" formulirt worden sei. Der Protest hat aber keinen Erfolg.

Beide Angeklagte haben einen großen Stoß von Akten, Broschüren ꝛc. vor sich ausgebreitet. Zu seinem **Vorstrafen** bemerkt **Black**, daß er dieselben zu **Unrecht** erlitten habe. Seine erste Strafe sei ihm auf Grund des Zeugnisses eines Bücherrevisors und dreier Männer mosaischen Glaubens zudiktirt worden, es stehe aber aktenmäßig fest, daß das Urtheil ein falsches gewesen. — Der Angeklagte **Schweinhagen** beruft sich bezüglich seiner Vorstrafe wegen Diebstahls auf die Akten, aus denen hervorgeht, daß er verurtheilt worden, weil er in einer Konditorei aus einem Börsenblatt einen Artikel ausgeschnitten hatte.

Die vorgeladenen Zeugen sind sämmtlich zur Stelle. Zu dem als Sachverständiger vorgeladenen Bücherrevisor Töpfer, Prokurist Arendt und Hauptritterschafts-Sekretär Walter gesellt sich noch Herr v. Diest-Daber, der bezüglich eines Punktes als Sachverständiger vernommen werden soll. Die meisten Zeugen und Sachverständigen werden auf Dienstag beurlaubt. Der Vorsitzende läßt zunächst die ganze Broschüre „Pharisäer und Heuchler" verlesen.

Nach Verlesung der Broschüre erklärt der Angeklagte noch ganz auf dem Boden seiner Broschüre zu stehen und kein Wort zurückzunehmen zu können. Er giebt besonders zu, daß er auch Herrn Miquel unter den Begriff „Pharisäer und Heuchler" setzen wollte, bestreite, daß er sich einer Beleidigung schuldig mache, wenn er sage, Miquel habe es zustande gebracht, daß „Macht vor Recht" gehe. Mit dem Worte „Lumpengesindel" habe er alle die Personen bezeichnen wollen, die im Reichstage in der bekannten Art gegen Ahlwardt aufgetreten seien, andere ehrverletzende Aeußerungen bezöge er sich nicht abgesondert auf Herrn Miquel, sondern auf alle Redner ohne Ausnahme, die in der Ahlwardt-Debatte das Wort ergriffen haben. Mit dem „Bandwurm," als dessen Kopf er Herrn Miquel bezeichnet habe, habe er den Kapitalismus gemeint. Er halte die gesammte Gründerperiode der siebziger Jahre für eine Schwindelperiode, und aus dieser Bezeichnung könne Herr Miquel ebenso wenig das Recht hernehmen, gegen ihn mit einer Anklage vorzugehen, als daraus, daß er das Geschäftsgebahren der „Central-Boden-Kredit-Gesellschaft," an welcher Herr Miquel betheiligt gewesen, als eine „Bewucherung des deutschen Volkes" bezeichnet habe. In ähnlicher Weise bestreitet der Angeklagte bei Vorhaltung der einzelnen Ausfälle, die in der Broschüre enthalten sind, daß Herr Miquel daraus Grund zu einem Strafantrage entnehmen könne. Die meisten dieser Ausführungen, die er behaupte, habe er nicht gemacht, um seine Gering schätzung gegen Herrn Miquel zum Ausdruck zu bringen, sondern um das ganze Gebahren des Börsen-Schwindlerthums zu kennzeichnen und zu zeigen, in welcher Verbindung Herr Miquel mit den Börsenmatadoren gestanden. — Dr. Miquel sei ein „Agent des Bankjudenthums" gewesen und deshalb in die Direktion der Diskontogesellschaft eingetreten, um mittels seines parlamentarischen Ansehens und seiner parlamentarischen Thätigkeit im Interesse der Diskontogesellschaft zu wirken. Er behaupte, daß Dr. Miquel auf diese Weise unredlichen Reichthum erworben habe, er behalte sich vor, dies und seine fernere Behauptung zu erweisen, daß Dr. Miquel zu den „Entrepreneuren" der Nimmanschen Eisenbahngesellschaft gehört und daß in dem Vorzusse gegen Joachim-Gehlen die Zeugenaussage des Dr. Miquel falsch und in ihrem zweiten Theile wissentlich falsch gewesen sei.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten **Dewald**, dem der Präsident zunächst vorhält, daß er früher eingeräumt habe, vor der Veröffentlichung der Broschüre von ihrem Inhalte Kenntniß gehabt zu haben. Der Angeklagte widerruft jetzt dies Geständniß, er kann den Umstand, daß er das frühere Protokoll unterschrieben habe, nur dadurch erklären, **daß ihm der Richter etwas vorgeredet haben müsse.**

Es wird zu diesem Punkte der Buchdrucker Glöß aus Dresden als Zeuge vernommen. Er giebt an, daß er die in seiner Offizin festgestellten Broschüren an den Angeklagten Dewald zum Zwecke der Verbreitung geschickt habe. Ob der letztere vorher vom Inhalte Kenntniß genommen habe, könne er nicht wissen, die **Korrektur sei vom Angeklagten Black** selbst besorgt worden.

Darauf folgt die Vernehmung des Angeklagten **Schwennhagen**. Zunächst wird ihm vorgehalten, daß er am 27. März v. J. in einer Antisemiten-Versammlung bei Buggenhagen ausgeführt habe, daß Anfang der siebziger Jahre eine geheime jüdische Nebenregierung neben dem Fürsten Bismarck und der offiziellen Regierung bestanden habe, die sich verbunden habe, durch die Macht des Kapitals die Entschließungen der Regierung zu beeinflussen und so auch durch die Macht der Börse die Regierung gezwungen habe, die Kapitalien des Invalidenfonds in zweifelhaften, nicht garantirten Papieren anzulegen, so daß der ursprünglich festgesetzte Verkaufstermin dieser Papiere immer wieder von neuem hätte hinausgeschoben werden müssen, um den Invalidenfonds vor Verlusten zu schützen. Der juristische Beirath jener Gründergesellschaft solle 3½ Jahre lang der jetzige preußische Finanzminister Miquel gewesen sein. Hinter ihm stehe auch jetzt noch die Macht des jüdischen Kapitals, so daß er der Vertrauensmann der „Alliance israelite universelle" sei. Wenn es gelungen würde, den jetzigen Reichskanzler zu verdrängen, würde das Ziel erreicht sein, und es würde eine Schmach für Deutschland sein, wenn Miquel dessen Nachfolger werde. Ferner soll der Angeklagte Schwennhagen behauptet haben, Miquel entstamme einer portugiesischen Judenfamilie, sein eigentlicher Name sei „Miquel", von seiner christlichen Finanzwirthschaft verstehe Miquel nichts und wolle nichts verstehen; Dr. Miquel habe zusammen mit Bennigsen, Weber, Bamberger und Lasker als Handlanger Bleichröder's und Hansemann's die Politik im Deutschen Reiche gemacht und die anderen wie Hampelmänner tanzen lassen. Der Finanzminister Dr. Miquel sei ein **Agent Rothschild's**, der ihn als Drahtzieher gebrauche.

In einer späteren Rede ist dann die Beschuldigung gefallen, daß Miquel als Agent der Juden seiner Zeit vorgetragen habe, daß beim Etat 7 Millionen Mark Ueberschuß vorhanden wären und diese zum Dombau verwendet werden könnten, um so den Volksschulentwurf zu beseitigen. Ferner habe der jetzige Finanzminister die Angelegenheit mit dem Herzog von Braunschweig, das Defizit der Gotthardbahn mit 4½ Millionen Francs, den Kauf der rumänischen Bahnen durch Stroußberg zur größten Zufriedenheit arrangirt und zum Lohne dafür sei er Bürgermeister in der jüdischen Residenz Frankfurt a. M. geworden. In einer Rede, die der Angeklagte am 15. Mai v. J. in den „Germania-Sälen" gehalten hat, soll er folgende beleidigende Aeußerungen gethan haben: Dr. Miquel habe, als er noch Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft war, die Braunschweigische Regierung durch falsche Vorspiegelungen zum Verkauf der Staatsbahnen und die preußische Regierung durch die falsche Vorspiegelung, daß sie Eigenthümerin der betreffenden Bahnen mittels eines von ihr geschlossenen Vertrages werden könne, zur Hergabe des Kaufpreises veranlaßt. Er selbst habe aber in den Kaufvertrag die Bedingung aufgenommen, daß die Bahnen niemals an eine fremde Regierung übergehen können. Miquel habe diesen Vertrag nur geschlossen, um den von ihm vertretenen Konsortium einen hohen Verdienst zu verschaffen, er habe also das Deutsche Reich bewußt geschädigt. — Schließlich soll der Angeklagte den Reichskanzler Caprivi durch den Vorwurf der Feigheit beleidigt haben.

Angeli. Schwennhagen behauptet, daß er sich in seinen Reden mit der Person des Herrn Miquel, den er fortgesetzt „Miquel" nennt, sehr wenig beschäftigt habe und versichert, daß er in seinen Reden keine persönlichen Beleidigungen gegen Dr. Miquel ausgestoßen habe.

Polizeilieut. Aßmann, der die betr. Versammlung bei Buggenhagen überwacht hat, giebt die Aeußerungen des Angeklagten im allgemeinen so wieder, wie sie in der Anklage enthalten sind. Er behauptet namentlich — was der Angeklagte bestreitet — daß eine Aeußerung dahin gegangen sei: **Dr. Miquel sei noch heute der Vertrauensmann der alliance israélite.** Was die zweite Versammlung betrifft, so erklärt der Angeklagte den darüber in den Zeitungen erschienenen Bericht für mangelhaft, unzuverlässig und tendenziös entstellt, er bestreite, daß er von „Hampelmann und Drahtzieher" gesprochen habe.

Auf diese Ausdrücke kann sich der Polizeilieut. **Gladisch**, der die Versammlung überwachte, auch **nicht besinnen**. Er weiß nur, daß die ganze Rede sehr beleidigend gewesen sei.

Die Kriminalbeamten **Stricker** und **Klapproth** entsinnen sich, daß der Angeklagte Dr. Miquel als „blutigen Gründer" bezeichnet habe, „der das Volk betrogen habe." Der Angeklagte bestreitet dies entschieden.

Bezüglich der dritten Versammlung erklärt der Angeklagte den darüber erschienenen Bericht gleichfalls für einseitig, mangelhaft und unverständlich. Er habe in jener Versammlung eine Geschichte des Hauses Rothschild gegeben, habe erwähnt, daß in Frankfurt a. M. niemand Oberbürgermeister werde, der nicht die Genehmigung des Hauses Rothschild besitze. — Kriminalschutzmann Volke erinnert sich, daß der Angeklagte gesagt habe, Dr. Miquel sei als Agent von Rothschild Oberbürgermeister von Frankfurt und später Finanzminister geworden. — Polizeilieutenant Koch bekundet folgende Aeußerung: Miquel sei eines Tages zum Kaiser gekommen und habe ihm gesagt: er habe noch einen Ueberschuß von 7 Millionen herausgerechnet, welche zum Dombau verwendet werden könnten; das koste aber ein Opfer — das Volksschulgesetz. Miquel habe das braunschweigische, rumänische und Gotthardbahn-Geschäft zu Gunsten des Hauses Rothschild erledigt und sei zum Dank Oberbürgermeister von Frankfurt geworden. — Kaufmann **Matze** und Pianofortefabrikant **Poppe**, auf welche sich der Angeklagte berufen hat, können sich auf die einzelnen Ausdrücke des Angeklagten **nicht mehr besinnen**, neigen sich jedoch dessen Darstellung zu.

Bezüglich seiner Ausführungen über den Ankauf der braunschweigischen Bahnen erklärt der Angeklagte, daß seine Angriffe sich gründeten auf Bemerkungen, die der Finanzminister Miquel als Bundesraths-Vertreter im Reichstage gemacht habe. Wenn Dr. Miquel diese Erklärungen vor dem Untersuchungsrichter zurückzunehmen, so sei das nicht seine Schuld. — Der Vorsitzende bemerkt, daß der Angeklagte sich überzeugen werde, daß alles, was er über das Verhältniß des Dr. Miquel zu den braunschweigischen Bahnen gesagt habe, nicht zutreffe. — Der Angeklagte, welcher auch jetzt noch behauptet, daß Preußen in der braunschweigischen Angelegenheit 50 Millionen M. zuviel gezahlt habe, bestreitet, den Finanzminister durch seine Ausführungen beleidigt zu haben. Dr. Miquel habe öffentlich erklärt, daß er an der Formulirung des Vertrages mitgearbeitet habe, daran anschließend habe er seinerseits ausgeführt, daß Preußen mit diesem Vertrag hinters Licht geführt und Braunschweig geschädigt worden sei. Wenn der Finanzminister seine ursprüngliche Erklärung als irrthümlich zurückziehen wollte, so hätte er dies vor dem Reichstage und nicht vor dem Untersuchungsrichter thun müssen. Er bitte, in diesem Punkte die Verhandlung zu vertagen, um ihm Gelegenheit zu geben, zu beweisen, daß Herr Miquel genau so bei dem Vertrage mitgearbeitet habe, wie er es ursprünglich im Reichstage erklärte. Event. berufe er sich auf Zeugen über diesen Punkt. — Erster Staatsanwalt Drescher hält diesen Antrag für ganz unerheblich, da der Angeklagte unter keinen Umständen das Recht hatte, einen offenbaren Irrthum des Finanzministers zu schwerer Beleidigungen gegen diesen auszunutzen. — Der Vorsitzende macht den Angeklagten wiederholt darauf aufmerksam, daß sich nach Ausweis seiner Akten der Finanzminister in der That geirrt habe, da er in der That damals bei dem Vertrage noch gar nicht habe mitwirken können. Die Diskontogesellschaft sei überhaupt erst in einem späteren Stadium in die braunschweigische Angelegenheit eingetreten. Der Angeklagte behält sich etwaige weitere Anträge bis nach Vernehmung des Finanzministers vor.

Eine Beleidigung des Grafen Caprivi bestreitet der Angeklagte. Er habe demselben nicht den Vorwurf der Feigheit machen, sondern nur ausdrücken wollen, daß sich Graf Caprivi etwas **staatsmännischer** (nicht „mannhafter") hätte erweisen sollen. Er habe es immer verneben, den Grafen Caprivi zu verunglimpfen, und die betr. Versammlung habe den Zweck gehabt, die Militärvorlage des Grafen Caprivi zu unterstützen, gegenüber anderweitiger antisemitischer Agitation gegen die Vorlage.

Um 4¾ Uhr wird die Sitzung auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Provinzial-Nachrichten.

Magdeburg, 12. März. [Preisausschreiben.] Die Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft „Wilhelma" schreibt zur Erlangung von Bauplänen für Erbauung eines Geschäftshauses einen allgemeinen Wettbewerb aus. Für die besten Entwürfe sind ein erster Preis von 4000 M., ein zweiter Preis von 2500 M., und ein dritter Preis von 1500 M. ausgesetzt. Das Preisgericht besteht aus den Herren Baurath **Paul Wallot** in Berlin, Regierungs- und Baurath O. **Hoffeld** in Berlin, Baudirektor **Hugo Licht** in Leipzig, Stadtbaurath **Otto Peters** in Magdeburg, Kommerzienrath **Schrader**, Stadtrath A. **Kalkow** und General-Direktor Dr. **Hahn** hier. Die Entwürfe müssen bis zum 20. Juni 1894, mittags 12 Uhr, eingeliefert sein.

Heiligenstadt, 12. März. [Ausgebrochen] ist aus dem hiesigen Gefängnisse am Sonntag morgen ein gefährlicher Einbrecher, der 24jährige Schulze aus Gieblichenstein bei Halle, welcher von einer fünfjährigen Gefängnißstrafe noch drei Jahre zu verbüßen hatte.

Erfurt, 12. März. [Annoncenschwindel. — Schülermützen. — Jahrmarktssache.] Ein Annoncen-Schwindler hat hier eine ganze Anzahl Leute geprellt. Als angeblicher Inhaber Hoffmann hatte er eine Hausmeister-Stelle zu vergeben, Offerten waren mit Rückporto hauptpostlagernd niederzulegen. Eine große Zahl Bewerbungen gingen ein, der Schwindler suchte darauf die Bewerber in deren Wohnungen auf und schloß Kontrakte mit ihnen für eine Stelle bei einem Grafen von der Schulenburg; 3 M. mußten gezahlt werden. Sobald der Gauner verduftet, kam seine Schwindelei an den Tag. Vermuthlich verlockt er sein Glück auch anderswo. — Die Schüler der höheren Knabenbürgerschule hier trugen bisher farbige Mützen, die Farben je nach Klassen verschieden. Vom 1. April ab sollen indeß nur noch Mützen ohne Farbenunterschied getragen werden. — Die den gegenwärtigen Jahrmarkt besuchenden **Handelsleute** wollen dahin wirken, daß die in die einzelnen Jahrmärkte fallenden Sonntage, an denen infolge des Gesetzes über die Sonntagsruhe der Verkehr ruhen muß, für den Handel freigegeben werden. Es ist diesem Vorgehen eine Berechtigung umsoweniger abzusprechen, als z. B. bei dem alljährlich stattfindenden Schützenfeste, das zwar ein öffentliches Fest, aber von der Schützengesellschaft arangirt ist, zwei Sonntage hintereinander freigegeben sind.

K. Erfurt, 12. März. [Großfeuer. — Dr. Stieler †] In aller Morgenfrühe wüthete heute ein **Großfeuer**, welches drei an der Hauptstraße, dem **Anger**, belegene Patrizierhäuser zum Theil einäscherte. Der auf einem derselben angebrachte Telephonständer mit 30 Drähten fiel herab, sodaß eine völlige Betriebsstörung zwischen der Reichspost und vielen Geschäftsstellen eingetreten ist — Der in weiteren Kreisen bekannte Sanitätsrath Dr. **Stieler** ist heute in Wiesbaden gestorben.

Bismark, 12. März. [Bürgermeister Ludwig †.] Gestern nacht starb unser langjähriger Bürgermeister Ludwig. Derselbe war vom Jahre 1872 bis 1. Oktober v. J., an welchem Tage er pensionirt wurde, im Dienst der Stadtverwaltung.

S. Leipzig, 12. März. [Wirksame Reklame. — Protestversammlung.] Noch haben die „Modernen" ihr Gastspiel nicht begonnen und schon tobt das Für und Wider in der Tagespresse sehr heftig. Auch die Polizeidirektion interessirt sich für die Realisten, denn sie hat in erster Reihe des Parquets sich einen Sitz reservirten lassen. Gefällt also dem Herrn Polizeibeamten die Sprache Ibsen's, Zola's, Dumas', Hauptmann's ꝛc. nicht, so gebietet er Fallenlassen des Vorhangs und das Publikum geht „befriedigt" nach Hause. Dem bisherigen Vorverkaufe der Billets nach dient alle die Aufregung dem morgen beginnenden Gastspiel als Reklame. — Heute nachmittag fand in der „Centralhalle" eine von mehreren Hundert Interessenten besuchte Versammlung gegen die geplante Biersteuer statt. Man wählte eine Kommission von 5 Brauern, 5 Gastwirthen und 5 Flaschenbierhändlern, welche das erforderliche Material sammeln und dem Rathe vorlegen soll.

Dresden, 12. März. [Clown Bridges †] Der bei allen Besuchern des Cirkus Busch wohlbekannte- und beliebte, kürzlich im Berufe verunglückte Clown Mr. **Bridges**, ist im Carola-Krankenhause seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Verstorbene, der erst im 28. Lebensjahre stand, hinterläßt eine Wittwe und ein kleines Töchterchen.

Jena, 12. März. [Vereinsgründungen.] In voriger Woche hat sich hier ein Verein zusammengefunden, welcher sich die Beförderung der **Feuerbestattung** zum Zweck gesetzt hat. — In dieser Woche soll ebenfalls ein neuer Verein begründet werden, der schon in anderen Städten angeregt ist und den schönen humanitären Zweck verfolgt, für erwachsene Blinde Fürsorge zu treffen.

Gotha, 12. März. [Streit mit tödtlichem Ausgang.] In der Nacht von Freitag zum Sonnabend gerieth in dem benachbarten Dorfe Ballstädt der dortige Schneidermeister **Ellrich** mit seinem angetrunkenen Sohne in Streit, in dessen Verlaufe es zu einem Handgemenge kam, bei dem der Sohn den Vater einige male an die Wand warf und ihn dermaßen bedrohte, daß dieser sich ernstlich bemühen mußte, sich den Sohn vom Halse zu halten. Bei dieser Gelegenheit griff der alte Ellrich hinter sich in eine Stubenecke, um einen Stock zu erfassen, nahm aber unglücklicherweise einen Stockdegen. Als er diesen eben erheben wollte, fiel der betrunkene Sohn vornüber auf seinen Vater zu und stieß sich die Spitze des Stockdegens unterhalb der Lunge in die Brust; 12 Stunden später war er eine Leiche. Der tief erschütterte Vater stellte sich freiwillig der Behörde. Die Aufnahme des Thatbestandes soll ergeben haben, daß der Tod **nicht direkt durch die Verletzung** erfolgt sei, vielmehr soll diese in Verbindung mit dem **übermäßigen Alkoholgenuß einen Herzschlag** verursacht haben.

Ms. Fulda, 12. März. [Spende des Kaisers.] Nach einer beim Vorstand der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde eingetroffenen telegraphischen Nachricht aus dem Civilkabinet **des Kaisers hat der Kaiser** für den geplanten Bau einer **evangelischen Kirche** in Fulda 52,000 M. bewilligt. Im Kirchenbaufonds befinden sich nun im ganzen schon 140,000 M., so daß beabsichtigt wird, in nächster Zeit mit dem Bau zu beginnen.

Börse zu Halle am 13. März.

Preise mit Ausschluss der Maklergebühr für 1000 kg netto.

Weizen, ruhig, 130–142 M., feinster märkischer bis 143 M., Rauhweizen 130–138 M., feinster milder bis 142 M. Roggen, ruhig, 120—122 M. Gerste, still, Brau-, 158—173 M., feine und Chevalier 178—190 M., feinste über Notiz, Futter- 115—130 M. Hafer, ruhig, 153—170 M. Mais, amerikanischer Mixed 119—121 M. Donaumais 118—134 M. Raps —,— M. Rübsen —,— M. Erbsen, Viktoria, ruhig, 180 bis 196 M.

Preise für 100 kg netto.

Kümmel, ausschl. Sack, 56—58,00 M. Stärke, einschl. Fass, Hallesche pr. Weizen 33,00–34,00 M., abfallende Sorten billiger. Maisstärke, einschl. Fass, 31,00–32,00 M. Linsen 22—46 M., Preise nominell. Bohnen 15,50—17 M. Mohn, blau, 48 bis 50 M. Kleesaaten: Rothklee 120 — 132 — 148 M. Esparsette 36—38 M. Futterartikel gefragt. Futtermehl 11,50—12,00 M. Roggenkleie 9,00—9,50 M. Weizenschalen 8,75—9,25 M. Weizengrieskleie 8,75—9,25 M. Malzkeime, helle, 11,00—11,50 M., dunkle 9,50—10,50 M. Oelkuchen 12,50 bis 13,25 M. Malz 28,50 bis 30 M. Rüböl 44,75 M. Petroleum, fest, 20,00 M. Solaröl 0,825/30? 11,50 M.

Spiritus, 10,000 Liter-Proz., lustlos, Kartoffel- mit 50 M. Verbrauchsabgabe 50,70 M., mit 70 M. Verbrauchsabgabe 31,60 M., Rüben- —,— M.

Halle, 13. März. Bericht über Stroh und Heu, mitgetheilt von Otto Westphal. (Sämmtliche Preise gelten für 50 kg.) Roggen-Langstroh (Handdrusch) 2,25 M. Maschinenstroh: Weizenstroh 3,00 M., Roggenstroh —,— M. Wiesenheu 4,50—5,00 M., Kleeheu 5,50 M., Torfstreu 1,90 M.

Wasserstände. († bedeutet über — unter Null.)

	Saale und Unstrut.				Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel.	11. März.	† 0,38	12. März.	† 0,73	—	10
Weissenfels, Oberpegel	»	† 2,50	»	† 2,63	—	8
do. Unterpegel	»	† 1,04	»	† 1,45	—	42
Halle, Unterhaupt	12. März.	† 2,20	13. März.	† 2,23	—	6
Trotha, do.	»	† 2,74	»	† 2,88	—	14
Alsleben, Oberpegel	11. März.	—	12. März.	† 2,54	—	—
do. Unterpegel	»	—	»	† 2,31	—	—
Kalbe, Oberpegel	»	† 1,79	»	† 1,74	4	—
do. Unterpegel	»	† 1,58	»	† 1,52	—	—

	Moldau. Iser. Eger. Elbe.							
	März.	Fall	Wuchs		März.	Fall	Wuchs
Budweis	11.—0,51	1	—	Torgau	12. † 1,86	4	—
Prag	» † 0,37	7	—	Wittenberg	» † 2,54	—	—
Jungbunzlau	» † 0,62	—	26	Rosslau	» † 2,18	8	—
Laun	» † 0,85	—	12	Barby	» † 2,62	6	—
Pardubitz	» † 0,76	10	—	Magdeburg	» † 2,27	1	—
Braudeis	» † 1,02	13	—	Tangermünde	» † 2,96	—	3
Melnick	» † 0,66	—	4	Wittenberge	» † 2,76	—	2
Leitmeritz	» † 0,47	6	—	Dömitz Pegel	11. † 2,2	3	—
Aussig	12. † 1,05	—	8	Lauenburg	12. † 2,3	1	—
Dresden	» —0,23	5	—				

Ausweis: Von den oberen Plätzen werden 1,35 m Wuchs gemeldet.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 12. März. Zur Mandatsniederlegung des Abg. v. **Koszielski** bringt der krakauer „Czas" ein vom 10. d. datirtes berliner Telegramm, in welchem es heißt: „Die polnische Fraktion des Reichstages erklärte sich in ihrer gestrigen Abendsitzung gegen den Kredit für die Panzerschiffe. Dr. v. Jazdzewski nannte diesen Beschluß die Antwort auf die Erklärungen Bosse's in der Angelegenheit der polnischen Sprache. Infolgedessen legte v. Koszielski sein Mandat für den Reichstag nieder."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940313035/fragment/page=0003

Hamburger Engros-Lager
N. Neustadt,

89 Große Steinstraße. Halle a/S. Große Steinstraße 89.

Artikel für die Confection.

Passementerie.

Schmale Schmelzbörtchen in viel. Mustern,
" " mit Flittern,
" " in Schlangenform,
" " in Zickzackform,

Tüllgalons mit Schmelz,
Schmelzgrelots, Schmelzfranfen.
Schmelz-Corsage-Garnituren mit Gehänge in reicher Auswahl.

Goldborten, Goldfantaches, Goldzacken, Goldagrements.

Schmaler farbiger und changeant Schmelzbesatz, neueste Muster.
Schmelzperlen, Flittern, Glasperlen, Schmelzverzierungen.
Seidene Cordel und seidene Krauschnur in completer Farbenscala.

Wolltressen und Entredeux.

Schwarze u. crême glatte Wolltressen in allen Breiten.
Schwarze u. crême gereifte Wolltressen in allen Breiten.
Farbige u. crême glatte Wolltressen große Auswahl.

Wollentredeux,
Combinationen aus Tressen u. wollenen Spitzen-Entredeux,
Wollne Entredeux, Wollne Spitzen.

Schwarze und farbige Fantachelitzen und fertige Fantachebesätze.

Zacken und Serpentintressen.

Schwarze wollne glatte Zackenlitzen,
" gereifte wollne
" wollne Serpentinborden,
mit Schmelz.

Farbige wollne Zackenlitzen in den richtigen Breiten zu allen Kleider- und Jaquetfarben passend.

Spitzen und Entredeux für Confection.

Tüllspitzen in Antikfarben, einfach und reich gestickt, von dem billigsten bis zu dem feinsten Genre in überraschend großer Auswahl.
do. in gleicher Farbe (dunkelcrême auch Butterfarbe genannt).
Spachtel- und Luftspitzen, auch in Verbindung mit Tüllspitzen, sind den Dentelles de Venise nachgeahmt und bilden eine reizende Verzierung für Costumes, besonders auf schwarzem Moiré.
Gleichartige Venise-Spachtel-Entredeux, gradlaufend und zackig.
Zwirltüllspitzen aus grobem Tüll mit Stickerei.
Schwarz seidene Chantilly-Spitzen in den neuesten Mustern.
" **do.** **do.** mit ajour gearbeiteten Guipure-Borden.
do. **Guipure- und Bourdon-Spitzen** für Umhänge.
do. **Guipure-, Bourdon- und Spachtel-Entredeux.**
Weiße Tüllspitzen, weiße Waschspitzen, Weißstickerei.

Ausputzstoffe.

Schwarzer Moirée français	52 cm breit, Meter	325	₰
Schwarz ½ seid. Merveilleux	60	"	"	190	"
Schwarzer Velvetsammt . .	46	"	"	90	"
Schwarzer Seidensammt . .	46	"	"	145	"
Schwarzer Seidenplüsch . .	46	"	"	145	"
Schw. rein seid. Merveilleux	52	"	"	250	"

Schw. gemusterte Seidenstoffe.
Moirée in allen Farben.

Diese Artikel sind außer in schwarz auch in den neuesten Farben für Promenaden- u. Salontoilette jederzeit im **Hamburger Engros-Lager** zu haben.

Artikel für Näharbeit und Confection.

Schwarzes und weißes **Maschinengarn** bekannte Marke Hamburger Nähfaden, in ganz Deutschland als vorzüglich bekannt.

Schwarze Adler-Nähseide Ideal schönes Nähmaterial, glanzreich, stark und leicht gefärbt, man achte auf die Marke „Adler"!

Schwarze Chappeseide ES. Durch anhaltende Vervollkommnungen in der Fabrikation vorzüglich zu allen Näharbeiten.

Diese drei Arten Nähmaterial sind nur in den Hamburger Engros-Lagern ächt zu haben.

Farbeartikel.

Als Hauptfarben der Saison werden hellgrünliche Töne, Beige in vielen Abarten, Bronzefarben und hellröthliche Carmoisinfarben gebraucht.

In allen Farben complettes Lager von:
Maschinengarn, Chappe-Nähseide, Cordonetseide, Stoffcordel und **Plattlitzen, Merveilleux, Sammet, Woll-Stoffutter, Rockstoff.**

Die **Hamburger Engros-Lager** stehen in Farben-Artikeln in fortwährender Verbindung mit den ersten Kleiderstoffgeschäften, und findet man daher stets das Passende vorräthig.

Größte Auswahl

in **Bindeband, Gummiband, Gürtelband** bis zu den feinsten Sorten, **Nahtband, schwarze Stoffcordel** und **Plattlitzen, Heftgarn, Haken** und **Augen, Stecknadeln, Reform-Haken** und **Augen, Zollmaaße, Kreide, Kleiderstäbe.**
Kleiderstäbe mit **Kapseln, Hornfischbein, Fischbein, Rockstoff, Kragen-Einlagen, Patent-Rockgurten, Fingerhüte, Nähnadeln, Maschinennadeln** ꝛc.

Alles in besten Hamburger Qualitäten.

Seidenband, Atlas, Rips, Moirèeband, schwarz und farbig, **Schärpenbänder.**

Abtheilung der Futterstoffe für Confection.

Alle Stoffe aus bestem Rohmaterial und gutem Appret.

Baumwollen Köper-Futter

	Nr.	24	30	40	50
Schwarz	Meter	33	39	42	48 ₰
Grau	Meter	33	37	42	48 ₰

Baumwollne Jaconets für Garnirröcke
schwarz
grau
mode ꝛc.
84 cm breit.

Farbige baumwollne Satins, 86 cm breit, in allen Kleiderfarben, Meter 60 ₰
Zweiseitige Reversible-Futter, 80 cm breit, Meter 50 ₰
Gestreifte Aermelfutter-Köper, 100 cm breit,

Steifleinen,	70 cm breit, Meter	45 ₰
Futtergaze,	115 " "	17 ₰
Rockstoff,	35 " "	22 ₰
Stradella,	118 " "	58 ₰

Barchend, ungebleicht und farbig.
Roßhaar und **Nessel** zu billigen Preisen!
Rock- und Futterflanelle.
Gerauhte Fanzy-Stoffe, Meter 42 ₰

Schwarzer Orleans in allen Preislagen. — **Schwarzer Panama** für Schürzen.
Farbige Wollstoffe für Stoffutter, 54 cm breit, Meter 55 ₰.

Sämmtliche Futterstoffe für Herrenkleidermacher.

Schwarze Zanellas, 145 cm breit.
Farbige Zanellas, 145 cm breit.
Schwarze Kragensammete in besten Qualitäten. [r

Neuheiten für Frühjahr u. Sommer,
Grosse Auswahl in **Confirmanden-Kleidern,**
Kester, schwarze u. farbige,
Leinen- u. Baumwollwaaren

empfehlen **Schulze & Petermann,**
Halle a. S., Oleariusstrasse 5, 1 Treppe,
Eckhaus unterhalb der Markttreppe. [d

Klavierstimmen und Reparaturen besorgt gewissenhaft
B. Döll, An der Universität 1.

Aecht goldene
Herrenuhrketten
in den verschiedensten Mustern. (r
F. R. Tittel,
Liebenauerstraße 165.

Aecht goldene
Damenuhrketten
in Wiener Façon, (r
Promenaden-, Reise- und Victoria-Ketten.
F. R. Tittel,
Liebenauerstraße 165.

Taschen-Uhren
für Damen und Herren in Stahl oxidirt, ächt Silber u. ächt Gold empfiehlt sehr preiswerth
F. R. Tittel,
Liebenauerstraße 165. (r

Arnold & Troitzsch
Gr. Steinstr. 9.

Grösstes Specialgeschäft für Wohnungsausstattungen.
Alle Neuheiten der Saison in
Teppichen, Tischdecken, Möbelstoffen.
Decorationsstoffe in Baumwolle, Wolle und Seide.
Portièren. Gardinen. Rouleauxstoffe.

Wachstuche.
Gummitischdecken, Gummischürzen.
Cocosläufer. Cocosabtreter.

Linoleum
alleinige Vertreter für Rixdorfer Fabrikat
ca. 5000 □m am Lager.
Prachtvolle Muster.

Fernsprecher 485.
Muster- und Auswahlsendungen bereitwilligst. [d

Möbelfabrik und Magazin
Bernh. Grunwald, Rathhausgasse 6,
empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter **Möbel, Spiegel** und **Polsterwaaren** zu billigsten Preisen. Durch Ersparung hoher Ladenmiethe und nur eigene Fabrikation biete ich dem geehrten Publikum in meinen bedeutend vergrößerten Arbeits- und Lagerräumen nur **gute selbstgefertigte Möbel,** sowie permanent aufgestellte **compl. Zimmereinrichtungen** unter jeder gewünschten Garantie zu den denkbar billigsten Preisen. [s
Kein Laden nur Rathhausgasse 6. **Bernh. Grunwald,** Tischlermeister.

Große Wohlthätigkeits-Lotterie (II. Serie)
für die Zwecke des Vaterländischen Frauen-Hülfs-Vereins
vom Rothen Kreuz
Haupttreffer 50000 Mark baar zahlbar,
ferner je 1 Gewinn zu 20000, 15000, 10000, 5000, 3000 Mark, 2 Gewinn zu je 2000 Mark, 5 Gewinne zu je 1000 Mark u. s. fort. [h
Ziehung am 18., 19. und 20. April.
Loose sind zu haben bei **Otto Hendel, Sortiment, Markt 24.**

H. Langrock Nachf.,
Kl. Sandberg 5, an der unteren Leipzigerstr.,
empfiehlt
1- und 2spänner **Kutschgeschirre**
in allen Beschlägen.
Größtes Lager am Platze.
Anerkannt niedrige Preise. [s

Wenn Sie ebenso rein, wie gutschmeckende Maccaroni erhalten wollen, dann verlangen Sie bei Ihrem Lieferanten:
Knorr's Maccaroni
mit dem Hahn
in ½ und ¼ ℓ Paquets.

Robert Krügel,
Schneidermeister,
Sophienstr. 2 Halle Sophienstr. 2
empfiehlt sich zur Anfertigung
feiner Herren-Garderobe
nur nach Maaß.
Konfirmanden-Anzüge
fertige, durch den billigen Einkauf von Stoffen, schon von 18 ℳ an.
Sämmtliche Reparaturen werden sauber u. in kürzester Zeit ausgeführt. [r

---

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. Könitz in Halle.
Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.
Mit 3 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940313035/fragment/page=0004